

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 15.11.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:05 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino
Herr Hüseemann
Frau Schellong
Herr Wasyliw
Herr Weber

SPD

Frau Brandtner Stellv. Vorsitzende
Herr Brücher
Frau Gorsler
Herr Kaufmann
Herr Pieplau

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Kloss
Frau Dr. Ober Vorsitzende

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann (ab 17.10 Uhr)

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat
Herr Buschmann FDP-Gruppe
Frau Huber Seniorenrat (bis 18.45 Uhr)
Herr Klein Psychiatriebeirat (ab 17.20 Uhr)
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen (bis 18.15 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Bilke

Herr Meyer
Herr Hagedorn
Herr Linnenbürger
Frau Beckmann-Schönwälder

Dezernat 5
Dezernat 3
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für Verkehr
Bauamt
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5

Gäste

Frau Kubitza

Herr Radloff

Gesellschaft für Wohnen und Immo-
biliendienstleistungen mbH
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen -
Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Mitteilungen**Zu Punkt 1.1 Sitzungsräume 2017**

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Aufgrund zahlreicher Renovierungsarbeiten stehe 2017 eine geringere Anzahl von Sitzungsräumen zur Verfügung, so dass es an einigen Sitzungstagen zu Überschneidungen mit dem Schul- und Sportausschuss komme. Anpassungen seien deshalb notwendig gewesen.

Zu Punkt 1.2 Schulsozialarbeit an Grundschulen

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die bisherige Landesfinanzierung der Schulsozialarbeit an Grundschulen bis 31.12.2017 bewilligt worden sei. Die Landesregierung habe nun vorgeschlagen, im Haushalt 2017 eine Verpflichtungsermächtigung für 2018 auszusprechen, so dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang auch für das Jahr 2018 gesichert sei. Der städt. Eigenanteil in Höhe von knapp 240.000 € wurde in den Haushaltsplanungen bereits berücksichtigt.

Zu Punkt 1.3 Verwendung von BuT-Rücklage

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Verwendung von Mitteln der BuT-Rücklage (**Anlage 1**).

Zu Punkt 2 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 3 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 4 Sozialticket

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3957/2014-2020

Herr Meyer teilt mit, dass es über die Vorlage hinaus keine weiteren Aspekte gebe.

Auf Nachfrage von Herrn Kaufmann und Herrn Bolte sagt Herr Meyer die Nachreichung der Absatzzahlen zu **(Anlage 2)**.

Herr Weber, Herr Hood, Frau Gorsler und Herr Bolte bewerten die Begründung der Verwaltung als nachvollziehbar und signalisieren ihre Zustimmung. Frau Gorsler fordert die Verwaltung auf, auch wenn evtl. notwendige Preissteigerungen durch politische Beschlüsse abgedeckt seien, die Ausschüsse zeitnah über Veränderungen zu informieren.

Frau Bußmann beantragt, die Option 2, Reduzierung der Ticketpreise um ca. 1 €, zu beschließen.

Herr Gugat unterstützt die Kontinuität der Sozialticketpreise, hält sie aber nach wie vor für zu hoch.

Abstimmung über den Antrag von Frau Bußmann-Fraktion Die Linke-:

- bei einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt -

Beschluss über die Drucks.-Nr. 3957/2014-2020:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, dass entsprechend Option 1 - Beibehaltung der bisherigen Preise - zu verfahren ist.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5 Wohnungsmarktbericht 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3988/2014-2020

Herr Hagedorn stellt die Ergebnisse des Wohnungsmarktberichtes 2016 vor **(Anlage 3)**. Der Wohnungsmarkt in Bielefeld sei deutlich angespannter. Er informiert über Wachstum, Marktanspannung und Baulandbedarf. Der Versorgungsgrad der Wohnberechtigungsschein-Empfänger liege

derzeit bei 35 %, dies könne zu einer Wartezeit von bis zu 3 Jahren führen. Im Bereich der barrierearmen bzw. -freien Wohnungen für Seniorinnen und Senioren seien 3400 Wohnungen (2000 freifinanzierte und 1400 öffentlich geförderte) ermittelt worden. Bei den Baugenehmigungen entfallen 70 % auf Geschosswohnungsbau und 30 % auf Ein- und Zwei-Familien-Häuser.

Herr Weber äußert Kritik an der Presseberichterstattung vor der Ergebnispräsentation im Ausschuss. Er schlägt vor, auf der Grundlage der detaillierten und umfangreichen Marktdaten, im ersten Quartal 2017 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss (StEA), Perspektiven für 2017 zu entwickeln und Handlungsempfehlungen zu beschließen. Um Klarheit in den Planungen zu erzielen, fordert er die Verwaltung auf, hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung eine einheitliche Auffassung nach außen zu transportieren.

Herr Hagedorn geht auf Fragen und Anmerkungen von Herrn Gugat, Herrn Bolte, Herrn Winkelmann, Herrn Hood, Herrn Klein, Frau Gorsler, Frau Bußmann und Herrn Buschmann ein und führt aus, dass noch 1.600 Wohnungsangebotsanzeigen mit einem Mietpreis von 4,64 € geschaltet worden seien. Unabhängig davon sei es für Menschen mit Einschränkungen und 1-Personen-Haushalte sehr schwer entsprechenden Wohnraum zu finden.

Aufgrund des StEA-Beschlusses, dass jedes Bauprojekt mindestens 25 % geförderte Wohnungen beinhalten müsse, werde in 2016 mit 300 neuen sozialgeförderten Wohnungen gerechnet.

Die Höhe der Baufördermittel des Landes sei jedes Jahr sehr unterschiedlich und nicht kalkulierbar.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist nochmal eindringlich darauf hin, dass ein höherer KdU-Satz keinen zusätzlichen Wohnraum schaffe. Herr Hagedorn macht deutlich, dass bei sozialgefördertem Wohnraum der Mietoberwert vom Land vorgegeben sei. Eine Erhöhung des KdU-Satzes habe in diesem Fall keine Auswirkung.

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt den Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung und wird mit dem Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses diesbezüglich Kontakt aufnehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6 Situation der Flüchtlinge in Bielefeld

Zu Punkt 6.1 Talent-Scout bei der REGE mbH

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die Diskussion in der letzten SGA-Sitzung am 25.10.2016 unter TOP 4.2 und legt als Tischvorlage einen Zwischenbericht über den Einsatz des „Talent-Scouts“ (**Anlage 4**) vor.

Für die Januar-Sitzung des SGA sagt er eine umfangreichere Berichterstattung über den Einsatz des „Talent-Scouts“ zu.

Zu Punkt 6.2 Unterkünfte für geflüchtete Menschen

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über das vorgeschlagene weitere Vorgehen in Sachen „Unterkünfte für geflüchtete Menschen (Anlage 5).

Frau Kubitza ergänzt, dass es in der Unterkunft Teichsheide 121-Soll-Plätze gebe, die aufgrund der Sanierungsbedürftigkeit nicht vollbelegt werden könnten. Nach Sanierung und Umbau sollen dann 18 2- bis 3-Zimmer-Wohnungen im preisgünstigen Segment entstehen.

Die Umzüge in Ummeln sollen einvernehmlich mit den betroffenen Familien gestaltet werden. Hierzu sei für Anfang Dezember 2016 gemeinsam mit der AWO eine Info-Veranstaltung für Flüchtlinge und Ehrenamtliche geplant.

Herr Hood begrüßt die frühzeitige Information der Ehrenamtlichen und des Ausschusses über die beabsichtigten Aktivitäten in den beiden Unterkünften. In der Teichsheide solle, ähnlich wie in Ummeln, auch eine Durchmischung anvisiert werden. Wiedereinzugswünsche der Bewohner sollten dabei durchaus berücksichtigt werden.

Herr Gugat unterstützt die dringend notwendige Sanierung, wünscht aber eine Prüfung, ob die Gebäude nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wieder für die Unterbringung von geflüchteten Menschen genutzt werden können. In diesem Stadtteil habe sich eine hohe Akzeptanz für die Unterbringung entwickelt. Frau Kubitza gibt zu bedenken, dass eine Durchmischung für eine gute Qualität des Wohnquartiers Sorge.

Herr Weber fordert die Verwaltung auf, die Politik zukünftig in den Entscheidungsprozess mit einzubinden. Durch die Entspannung der Flüchtlingszahlen bestehe nunmehr keine Notwendigkeit, dass die Verwaltung alleine entscheide und Politik nur im Nachgang informiert werde. Politik möchte ab 2017 im Rahmen von Diskussionen und Beschlüssen wieder mitgestalten.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Sanierung der Unterkunft Teichsheide bereits in 2014 beschlossen worden sei –damals ebenfalls mit der Perspektive der Aufgabe als Flüchtlingsunterkunft. Für das Gebiet Ummeln gebe es ebenfalls den Auftrag der Politik, langfristig eine gemischte Belegung voranzutreiben. Eine ausschließliche Belegung mit Flüchtlingen sei nur vorübergehend vorgesehen gewesen.

Auf Nachfrage von Frau Adilovic nach größeren Wohnungen führt Frau Kubitza aus, dass es einen erheblichen Wohnungsbedarf für 1-bis 2-Personen-Haushalte geben; nicht aber für Großfamilien. Da die Teichsheide ein bestehendes Gebäude sei, müssten die bestehenden Wohnungszuschnitte berücksichtigt werden.

Frau Gorsler teilt mit, dass die SPD-Fraktion es für sehr sinnvoll halte, bei den jetzt abnehmenden Flüchtlingszahlen an der Qualität der Unterbringung zu arbeiten. Sie unterstütze Herrn Gugat darin, die neue Belegung in der Teichsheide zu prüfen. Herr Hood schließt sich dem an.

Auf Nachfragen von Herrn Bolte erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger

die Finanzierung der Kosten für die Unterbringung der geflüchteten Menschen, unter Berücksichtigung der Nichtbelegung von Unterkünften.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7

Haushaltsplanberatungen 2017, Beschlussfassung

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme der Verwaltung zum Vorwurf der Intransparenz von Seiten der CDU-Fraktion. Sie macht deutlich, dass die Kritik auf allen Ebenen angekommen sei und macht auf die an Beigeordneten Herrn Kaschel erteilten Arbeitsaufträge im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss aufmerksam.

Herr Weber kritisiert nicht nur die Darstellung des Haushaltsplanes, sondern auch den zeitlichen Rahmen der Beschlussfassungen. Die CDU-Fraktion sehe sich in diesem engen Zeitfenster nicht in der Lage, sich an einer Beschlussfassung zu beteiligen. Er fordere eine Papierdarstellung des Haushaltsplanes, da eine Befassung mit diesem Thema in einer ausschließlich elektronischen Form nicht möglich sei.

Frau Bußmann schließt sich der Kritik an und sieht sich ebenfalls nicht in der Lage abzustimmen.

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert das Zustandekommen der jetzt umgesetzten zeitlichen Abfolge der Beratungen, die vorab bereits zweimal im Finanz- und Personalausschuss diskutiert und beschlossen worden sei. Bei den Planungen sei das Ziel verfolgt worden, zukünftig zeitnaher zu einem Haushaltsplan zu gelangen und so die vorläufige Haushaltsführung in Grenzen zu halten. Sie appelliert an alle, dieses Ziel weiter im Blick zu behalten.

Herr Hood bekräftigt die Ausführungen von Beigeordneter Frau Ritschel und fordert alle auf, an der Beschlussfassung über den Haushalt teilzunehmen bzw. zuzustimmen.

Frau Gorsler äußert sich enttäuscht darüber, dass eine inhaltliche Diskussion nicht stattfindet. Für sie sei der Haushaltsplan inhaltlich transparent und die Kritik von Seiten der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke nicht nachvollziehbar. Darüber hinaus habe man sich auf eine zweite Lesung geeinigt, um Fragen an die zuständigen Beigeordneten stellen und beantworten lassen zu können.

Vorsitzende Frau Dr. Ober schlägt nunmehr vor, in die Beschlussfassung einzutreten.

Zu Punkt 7.1

Haushaltsplan 2017 für den Stab des Dezernates 5 -095-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3736/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgen-

den

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2017 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2020 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 **wird zugestimmt.**

2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	0 €	454.530 €	454.530 €
11.05.05	Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	0 €	7.586 €	7.586 €
11.05.06	REGE	0 €	1.451.202 €	1.451.202 €
Summen		0 €	1.913.318 €	1.913.318 €

wird zugestimmt.

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt.

4. Dem Stellenplan 2017 für den Stab des Dezernates 5 -095- und der Beigeordnetenstelle im Dezernat 5 **wird zugestimmt.**

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2016 für die Beigeordnetenstelle im Dezernat 5 ist beigefügt (Anlage).

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 7.2 Haushaltsplan 2017 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3812/2014-2020

Auf Fragen von Herrn Hood führt Frau Schulz aus, dass nach Rücksprache mit dem Jobcenter im SGB II und XII mit einer geringeren Fallzahl, gerechnet werde.

In den vergangenen Jahren sei es beim Einsatz von Integrationshelfern stetig zu Steigerungen gekommen, so dass auch in 2017 mit weiteren Steigerungen gerechnet werde.

Bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes in den Rat im September 2016 hätten die Zuweisungsprognosen der Bezirksregierung Arnsberg für 2016/2017 noch nicht vorgelegen. Zwischenzeitlich liege eine geänderte Zuweisungsquote für 2017 vor. Es werde davon ausgegangen, dass 2017 lediglich 600 Flüchtlinge in Bielefeld aufgenommen werden müssen, so dass eine Veränderungsliste mit angepassten Haushaltswerten notwendig geworden sei.

Beigeordneter Herr Nürnberger beantwortet Fragen zur Anrechnung von Plätzen in Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE).

Frau Bußmann bittet um Erläuterungen zu veränderten Anrechnungsmodalitäten bei Sonderzahlungen an Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen. Frau Schulz weist darauf hin, dass die gesetzlichen Änderungen keine Auswirkungen auf den Haushalt 2017 haben. Unabhängig davon sagt sie eine umfangreiche Information über das Thema in einer der nächsten Sitzungen zu.

Sodann fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2017 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2020 wie folgt zu beschließen:

5. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 **wird zugestimmt.**
6. Den **Teilergebnisplänen** folgender Produktgruppen **wird zugestimmt.**

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	177 €	170.056 €	169.879 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	48.523.919 €	123.128.592 €	74.604.673 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	71.470.174 €	78.734.907 €	7.264.733 €

11.05.03	Besondere soziale Leistungen	21.768.715 €	90.078.638 €	68.309.923 €
Summen		141.762.985 €	292.112.193 €	150.349.208 €

7. Den **Teilfinanzplänen A und B folgender Produktgruppen wird zugestimmt.**

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 365.000 €, investive Auszahlungen = 539.100 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 5.000 €

8. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 **wird zugestimmt.**

11.05.01 Grundsicherung für Arbeit (S. 755 Bd. II)

11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts (S. 761 Bd. II)

11.05.03 Besondere soziale Leistungen (S. 770 Bd. II)

9. Dem **Stellenplan 2017** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – **wird zugestimmt.**

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt ist beigefügt (Anlage 2).

Den Veränderungslisten zu Ziffer 1 und 2 (**Anlage 5 zur Niederschrift**) **wird zugestimmt.**

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 7.3

Haushaltsplan 2017 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3720/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2017 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2020 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 **wird**

zugestimmt.

2. Dem **Teilergebnisplan** der folgenden Produktgruppe 11.01.31 (Anlage 1) wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 3) enthaltenen Sachverhalte **zugestimmt**.

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	1.697.670 €	3.532.375 €	1.834.705 €
Summen		1.697.670 €	3.532.375 €	1.834.705 €

3. Dem **Teilfinanzplan A** der Produktgruppe 11.01.31 (Anlage 2) **wird zugestimmt**:
investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 2.600 €
4. Dem **Stellenplan 2017** für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- **wird zugestimmt**.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7.4 Haushalts- und Stellenplan 2017 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3800/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushalts- und Stellenplan 2017 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2020 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:

11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung

11.02.04 Veterinärwesen/Artenschutz

11.02.05 Fleischhygiene

11.07.01 Gesundheitsförderung

11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

11.07.03 Gesundheitshilfe

11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz

11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL

wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen**

der Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 174.567,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.661.629,- €,

der Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 19.911,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 282.908,- €,

der Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.039,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 35.700,- €,

der Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 89.670,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.733.865,- €,

der Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 128.466,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 551.311,- €,

der Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 202,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.780.528,- €,

der Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe 641.855,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.339.358,- €,

der Produktgruppe 11.07.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 26.800,- €

wird zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan A**

der Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 2.800,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 200,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 4.600,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €,

investiven Auszahlungen von 10.214,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- €

der Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 314,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- €

der Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe 0,- €, investiven Auszahlungen von 400,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- €

wird zugestimmt.

4. Dem **Teilfinanzplan B**

der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03 und 11.07.04 wird zugestimmt.

5. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.05, 11.07.01, 11.07.04 und 11.07.05 wird zugestimmt.

6. Dem **Stellenplan 2017** für das Amt 530 **wird zugestimmt.**

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2016 für das Amt 530 ist als Anlage 2 beigefügt.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Brandtner
(stellv. Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)